

„Land unter!“ Ein institutionenökonomischer Zwischenruf

Alfred Endres / Cornelia Ohl / Bianca Rundshagen

I. Einführung

Das ‚Jahrhunderthochwasser‘ des Jahres 2002 hat in Wissenschaft und Politik eine lebhaftige Diskussion über eine sachgerechte Hochwasserschutzpolitik ausgelöst. Dabei spielt die Idee, eine *Pflichtversicherung gegen Hochwasserschäden* einzuführen, eine zentrale Rolle. Der folgende Beitrag beleuchtet das Problem mit den Mitteln der Mikroökonomie. Dabei stützen wir uns auf Wohlfahrts- (Abschnitt II) und insbesondere institutionenökonomische (Abschnitt III) Einsichten.

II. Zielsetzung

Hochwasserschutz kann mit einer Vielzahl unterschiedlicher Strategien betrieben werden. Wir fassen sie der Übersichtlichkeit halber in drei Gruppen zusammen:

- **Klimaschutzpolitik:** Hierzu zählen alle Möglichkeiten, die Emissionen von Treibhausgasen in die Atmosphäre zu vermindern. Zwar sind die Zusammenhänge zwischen diesen Emissionen und dem Klima naturwissenschaftlich noch nicht abschließend geklärt. Außerdem sind kurzfristige Wirkungen der Begrenzung von Treibhausgasemissionen ohnehin nicht zu erwarten. Dennoch besteht (zumindest in Europa) ein breiter Konsens darüber, dass eine konsequente Klimapolitik unverzichtbarer Bestandteil einer langfristig angelegten Hochwasserschutzpolitik sein muss.
- **Kapazitätserweiterung:** Inwieweit eine gegebene Niederschlagsmenge zu Hochwasser führt, hängt stark von der Fähigkeit der Flüsse und Flussgebiete ab, große zusätzliche Wassermengen ‚geordnet‘ abzuleiten. Menschliche Maßnahmen, wie die Begradigung von Flussläufen und die wirtschaftliche Nutzung von flussnahen Auen haben die einschlägige Kapazität stark gemindert. Renaturierungsmaßnahmen könnten diesem Trend entgegenwirken. In ähnlicher Weise kapazitätserweiternd wirkt die Entsiegelung von Flächen.
- **Anpassung auf Seiten der potenziell Geschädigten:** Schließlich kann das Verhalten der vom Hochwasser potenziell Geschädigten Eintrittswahrscheinlichkeit und Ausmaß der Schäden, die durch Hochwasser entstehen, stark beeinflussen. Die Politik könnte Anreize dazu setzen, dass Standortentscheidungen ‚hoch-